



Barmbek-Mitte

Barmbeker Erklärung 2007

Bundeskanzler Gerhard Schröder nach der schlimmsten Wahlniederlage seit über 70 Jahren vom 13. Juni 2004: „Ich kann nur diese Politik, und ich will nur diese Politik.“

Wir nicht ! Seit Jahren gibt es massiven Protest gegen die neoliberale Politik: GenossInnen verließen massenhaft unsere Partei. 2004 formulierten wir die erste „Barmbeker Erklärung“. Nun ist es an der Zeit, unsere Kritik und Forderungen an die Politik der „Großen Koalition“ erneut zu stellen. Mittlerweile hat sich links der SPD eine erfolgreiche Wahlalternative gebildet. Anstatt eine Analyse durchzuführen oder wenigstens eine Denkpause einzulegen, wird der Partei sofort ein „Weiter so!“ verordnet.

Diese Politik ist falsch und wird die SPD über kurz oder lang in die Opposition treiben - und dort wird sie auch verharren, wenn sie nicht zu den Prinzipien einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurückkehrt.

Daher fordern wir:

- Deutschland ist ein Steuerparadies für UnternehmerInnen und Reiche. Wir brauchen eine vereinfachte und transparente Steuerpolitik, die auch Unternehmen sowie GroßverdienerInnen wieder in die Pflicht nimmt: Die Ausfälle aus der Körperschaftssteuer hat die Unternehmer gefreut, nicht einen Arbeitsplatz gebracht und die öffentlichen Kassen ruiniert. Die Unternehmenssteuerreform ab 2008 wird den gleichen Effekt haben.
- Es darf nicht nur der Faktor Arbeit zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Basis unseres Wohlstands) herangezogen werden, sondern alle Einkommensarten. Die Bürgerversicherung für Alle muss kommen !
- Statt Mythen müssen wieder Fakten in politische Überlegungen Einzug halten. So sind nicht die Kosten des Gesundheitssystems explodiert, sondern die Kosten, die die ArbeitnehmerInnen einzeln tragen, gestiegen. Ursache: die Zahl der EinzahlerInnen ist aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Anzahl nicht sozialversicherungspflichtiger Jobs gesunken (der Anteil der Gesundheitskosten am BIP ist seit Jahren stabil).
- Wir sprechen uns für den gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen und gegen die Rente mit 67 aus. Die gesetzliche Rentenversicherung leidet unter der Ausplünderung zur Finanzierung der Deutschen Einheit (statt Steuerfinanzierung), den nichtsozialpflichtigen Minijobs (1999 abgeschafft und 2004 wieder eingeführt), der Massenarbeitslosigkeit und zu geringen Tarifabschlüssen bzw. dem allgemeinen Lohndumping. Die Einführung des

Mindestlohns mit wenigstens 7,50 € würde sofort 12 Mrd. in die ArbeitnehmerInnenhaushalte und 4,2 Mrd. € in die Sozialversicherungen spülen.

- Weder Alte noch Junge dürfen als Belastung angesehen werden, sondern als Chance und Reichtum für die gesamte Gesellschaft. Nirgendwo wird mehr auf die Erfahrung der Alten verzichtet, als in Deutschland. Jede Menge Pathos für die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen schwingt in den Sonntagsreden mit, aber Investitionen in die Zukunft der jungen Menschen werden sträflich vernachlässigt. Wir fordern die beste Bildung für Alle - ein Leben lang, anstatt Elitenbildung schon ab dem Kindergarten !
- Es müssen Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich getätigt und damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Energie, Wasser etc.) darf der Staat nicht aus der Hand geben. Zur Finanzierung fordern wir: eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Einführung verfassungskonformer Gesetze zur Erbschafts- und Vermögenssteuer bei angemessenen Freibeträgen. Geld ist genug da, entgegen der interessengeleiteten Berichterstattung.
- Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II war weitgehend ein schwerer Fehler. Armut, insbesondere von Kindern, hat massiv zugenommen. Die von uns 1998/1999 abgeschafften Kohl-Gesetze (zur Einrichtung unsicherer Arbeitsverhältnisse) kehren im Gewand der Hartz-Gesetze mit Macht zurück. Wir wollen selbstbewußte ArbeitnehmerInnen und das Bündnis mit den Gewerkschaften und nicht Spaltung, Ausgrenzung und Duckmäusertum ! Wir wollen eine Politik, die Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft anstatt die Betroffenen !

SPD Barmbek-Mitte: links und frei !

Kontakt:

SPD Barmbek-Mitte

Am Hasenberge 44

22337 Hamburg (Postanschrift)

HP: <http://www.spd-barmbek-mitte.de/>

Vorsitzende:

Ksenija Bekeris

Email: ksenijabekeris@yahoo.de

Tel.: 040 / 69 45 41 87

Mobil: 0163 / 269 2020

Stv. Vorsitzender:

Kai Ermes

Email: kai.ermes@email.de

Tel.: 040 / 20 97 08 76

Mobil: 0179 / 130 37 36

Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden 1. Dienstag in den Räumen der Kreuzkirche, Wohldorfer Str. 30, statt (3 Fußminuten entfernt von der U-Dehnhaide).